

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. Juli 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgeheftete Seite; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 78

Gewerkschaftspolitik — Parteipolitik

Die Anordnung des politischen Generalstreiks durch die Arbeiterparteien und die teilweise Nichtbefolgung desselben seitens der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern anfänglich des Nordens an dem Abgeordneten Careis zwingt jeden Arbeiter, der es ehrlich mit sich und seinen Mitstreitern meint, sich die Frage vorzulegen, war diese Anordnung im Interesse der Arbeiterklasse gelegen? Es sollte den drei oder vier getrennten Arbeiterparteien nach dem Giasco, das sie in zweifacher Hinsicht mit dieser unglücklichen Anordnung erjelt haben, klar sein, daß sie zwar einen Generalstreik anordnen können, jedoch zu schwach sind, ihn aus eigener Kraft durchzuführen — eben aus ihrer Spaltung. Ferner durch die fehlende Tatsache, daß es diese freigewerkschaftliche Arbeiter gibt, die den drei oder vier sozialdemokratischen Parteien kein Vertrauen mehr entgegenbringen und aus der politischen Partei austreten, da man ja täglich in allen Parteibüros und Versammlungen hören und lesen könne, daß jede dieser vier Parteien der andern das Recht abpricht, Arbeiterinteressen wirklich zu vertreten, dies aber für sich einzig und allein in Anspruch nimmt. Man gehe nur in die Betriebe und höre sich die wahre Stimmung der Arbeiter an. Doch leider glaubt man das nicht an den maßgebenden Stellen.

In letzter Zeit hat sich gezeigt, daß nur die Gewerkschaften die eigentlichen Träger einer gelunden, den Bedürfnissen der Arbeiter dienenden Politik sind. Nicht über Parteihader um die Futterkrippe (ein hartes Wort, aber es muß ausgesprochen werden) kann dem Arbeiter nützen, nein, Interessensvertretung tut dem Arbeiter not. Nicht Moskau oder Amsterdam hilft gegen den Hunger! Leider ist aber den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien die Erkenntnis dieser Binsenwahrheit noch nicht gekommen. Sie muß aber kommen; doch wird diese Götterdämmerung wohl erst eintreten, wenn es zu spät ist, wenn die Reaktion fest im Sattel ist. Dann wird aber doch die Einigung kommen. Jetzt wird man dem Warner nur ein Aufodals errichten. Eine Ironie der Weltgeschichte ist es, daß man in die Fehler der französischen Revolution verfällt.

Man hat in den verschiedenen Parteirichtungen die Fähigkeit mit der Volkspolizei verloren, die Mentalität der großen Masse der Arbeiter ist eine andre, als man sich dies in den Köpfen mancher Parteigrößen vorstellt.

Warum hat der Generalstreik in Bayern, speziell in Nordbayern, Giasco gemacht? Auch hier muß offen gesagt werden, was dazu führte; es darf nicht Vogelstreifenpolitik getrieben werden, auch wenn man selbst dabei keinen Lorbeer erntet.

Gerade die Partei des Abgeordneten Careis war es, die in Deutschland den Bruderkrieg entfachte. Daß später in Bayern die Regierung sehr kam, das war nicht die Folge des Skapp-Putsches — der überdies nur aus dem Bruderkrieg in der Arbeiterklasse möglich war —, sondern der Reflex der vorwiegend kommunistischen Räteherrschaft in München und im weiteren die Folge der Uneinigkeit und der Zerstückelung der Arbeiterklasse. Wer etwa Beweise für diese Anklage haben will, der bescheide sich nur all die traurigen Vorgänge der Selbstzerstückelung in den Parlamenten, in den Parteiorganen, in den politischen Versammlungen, ja selbst Gewerkschaftsversammlungen nicht ausgenommen.

Nun wurde am Sonnabend, 11. Juni, vormittags, in Nürnberg eine Sitzung anberaumt, in der die SPD., MSP. sowie APD. sich vereinigten und über den Generalstreik — der in München bereits angeordnet war — berieten. Die Gewerkschaftsleiter berieten gesondert. Nachmittags ging aber die Einheitsaktion der drei Parteien los, in die Betriebe, die SPD. und MSP. beschloßen den Generalstreik alle. Die Gewerkschaften aber unterließen eben den Akt und ließen ihren Mitgliedern freie Wahl.

Was war die Folge? Am Montag erließ die APD. ein Flugblatt, das Angriffe gegen die zwei andern Arbeiterparteien enthielt. Gewerkschaftsmitglieder, ja selbst solche, die Parteigenossen waren, machten von dem Rechte des Denkens Gebrauch und verweigerten mit Recht die Gefolgschaft. Denn die Verbhängung eines Generalstreiks muß doch als Folge die Erzwingung irgendeiner Forderung haben! Sollte man gefast, wir verkennen den Generalstreik so lange, bis wahre Forderungen! Nachteil der Regierung sehr, völlige Herrschaft der Verfassung in Bayern, Aufhebung der Gewerkschaften — er-

füllt sind, ja, dann hätte es wohl keinen Arbeiter gegeben, der nicht mitgemacht hätte, aber einen Generalstreik ohne die Erzwingung einer Forderung, das zeigt, daß die Verschleier des Generalstreiks keine politischen Ergründungen waren. Es irrt der Mensch, doch nur der Große erkennt seinen Irrtum! Man hätte im Interesse des Prestige der Arbeiterklasse klüger gehandelt, wenn man nach dem Verlauf in München — wo der Generalstreik eher zu begreifen war —, in Nürnberg und Nordbayern vom Generalstreik Abstand genommen hätte, nachdem die Gewerkschaften dagegen waren. Denn der Generalstreik mußte unter diesen Verhältnissen zur Farce werden, und er wurde es. Es gibt auch noch andre Protestmittel!

Es wäre politisch und gewerkschaftlich unklug, die Folgen dieses unglücklichen Generalstreiks hier klarzulegen. Uns als Gewerkschaftler muß daran gelegen sein, die richtige Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Einen Nutzen würde ich darin erblicken, wenn die Gewerkschaften — ich bin mir klar, daß dies aus verschiedenen Gründen nicht leicht sein wird — sich endlich einmal wegen des Generalstreiks ernstlich mit den politischen Parteien auseinandersetzen würden. Als Ergebnis dieser Aussprache würde ich es begrüßen, wenn über die Anwendung eines solchen furchtbaren Kampfmittels die Gewerkschaften zu entscheiden hätten. Man wird mir zurufen, das können die Gewerkschaften nicht, aus diesen und jenen Gründen. Ich aber sage, sie können es, denn die Macht der Verhältnisse wird sie später dazu zwingen. Den politischen Parteien muß klargemacht werden, und zwar mit aller Schärfe, daß die Gewerkschaften in erster Linie den Träger des Sozialismus abgeben, und daß sie vor allem in der Lage sind, jede politische Aktion zur Tat oder zur Dummheit sich auswirken zu lassen. Im Interesse der Sozialdemokratie läge es also, sich den Gewerkschaften unterzuordnen.

Wenn die scheußliche Tat von Reaktionen an dem Abgeordneten Careis wenigstens den Geist der Veröhnung, den Geist des sich gegenseitig Verlebens unter der Arbeiterklasse weichen und stärken würde! Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Das uns Einigkeit bitter kostet, dies erkennen wir zwar alle an, aber jeder sagt, ja, einig können wir nur dann werden, wenn ihr andern alle meinen Weg geht! Die Macht der gewerkschaftlichen Idee muß im Geiste der Gedankenfreiheit, im Geiste der Kollegialität verankert sein! Mit das harte Dogma darf uns künstlich teilen, sondern wir müssen die Denkwiese des andern, eben unsres Kollegen, achten und verstehen lernen. Das ist erst die richtige Freiheit. Um dies zu erreichen, muß der gesunde Geist, der in der Gewerkschaftsbewegung ist, gepflegt und organisiert werden.

Scheuen wir nicht davor zurück, das offen auszusprechen, was Tausende denken. Wahrheit, Offenheit, so bitter sie oft sind, werden auch hier zur Gesundung beitragen. Und wenn die Zeit gekommen ist, daß wir uns in kollektiver Weise verstehen, dann wird das Wort „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ auch zur Tat.

Nürnberg.

Wilhelm Kolb.

Kapitalismus und Gewerkschaften

Die Gewerkschaften, in ihrer Körperlichkeit der reinste Niederschlag Frucht- und Legebindegender Arbeit und von der Arbeiterkraft selbst zum respektgebietenden Bau geformt, sind vom Kapitalismus — gedacht als goldenes Kalb — mehr gefürchtet als die politischen Arbeiterparteien, deren Uneinigkeit er ohne jede Anregung, sogar mit Freuden, sich zunutze macht und die er durch seine Sinedech auch noch mit künstlicher Gebärde gegeneinander auspielt. Man hat es erlitten und wird es weiter erleben durch Unterfütterung der Rhabdialinsins von fetten des Großkapitals. Wenn die Einigkeit in dieser hochkritischen, ungesund egoistischen Zeit nicht bald und gründlich zustande kommt, werden die Gewerkschaften als wirtschaftlicher Machsfaktor zu den Arbeitern sprechen und den politischen Kommunisten über den Haufen werfen müssen angehts der weitstreich amtierenden Regierungsmaschinen in bezug auf Verteuerung des Arbeiterbausehals. So geht das nicht weiter! Es gilt für die gesamte Arbeiterklasse, geschlossen hinter den Gewerkschaften zu stehen und gegen feindliche Mächte sich zu wehren.

Die Inflation, d. h. die künstliche Werterhöhung der Produkte, halte zur Zeit des geregelten Geldumsatzes und in bezug auf Gewährung des unvermeidlichen Kredits für die Produzenten gewiß ihre Berechtigung; sie wurde auch durch die Konkurrenz in etlichen Grenzen gehalten. Jetzt aber, in den Zeiten der Not und der Geldentwertung, ist sie nur geschützt durch das Fehlen jeglicher

ernsthaften Konkurrenz — auf rein egoistische Ziele eingestellt und hat in dieser Auswirkung einen wirtschafts-unergründenden und geradezu feindschaftlichen Charakter gegenüber der Not der Massen angenommen; abgesehen davon, daß durch Gleichgültigkeit, Unmündigkeit und Zynismus die Geld- bzw. Papierbankhalter sich selbst die Grube graben.

Es muß von selten der ernstlichen Politiker und Gewerkschaftler mit aller Macht darauf hingearbeitet werden, daß die wirtschaftlich Schwachen — also die Massen — vor der Ausbeutung geschützt werden. Das ist die wichtigste Aufgabe des Staates! Die Wirtschaftsstarken brauchen den Schutz in diesem Ausmaße nicht, denn der Beschäftigte ist Schutz genug und ein Sicherheitswechsel auf die Zukunft. Der Arbeiter mit seiner Familie hat ein Recht auf wirksamen finanziellen Schutz, denn er schafft ja die Werte, und will dafür auch leben und — leben lassen. Das ist der gesunde Egoismus, und der ist wirtschaftserhaltend. Eigentlich eine Binsenwahrheit; aber von den Interessenspolitikern, die sich stets mit einem Schutzwall umgeben werden — mag er nun Militarismus oder Bürokratismus heißen — geflissentlich verschwiegen.

Die politischen Parteien haben wohl ihre Wortgesetze darauf eingestellt, aber wenn man befreiende Taten erhofft, so befindet man sich geblüht im Irrtum, da aus der gebannt geliebten Willensumgebung immer nur Interessenpolitik übrigbleibt, was sich der Kapitalismus stets zunutze machen wird. Der einzig richtige Weg ist fastkräftige Gewerkschaftspolitik, wo Kopf- und Handarbeiter als unmittelbar Interessierte und zum Schutze der Gesamtarbeiterschaft dem Tanz um das goldene Kalb Einhalt gebieten und dem ungesunden Egoismus den Garaus machen.

Dresden.

Alwin Anorr.

Nochmals: Das Arbeitsstärkgesetz

Wir glauben, wenn das Arbeitsstärkgesetz die notwendigen Verbesserungen erhält, kann es der Arbeiterklasse noch gute Bedienung leisten gegen das ja noch größere aufstrebende Unternehmerum. (Anorr. Nr. 5.)

Die jetzt geführten Auseinandersetzungen, die innerhalb der Arbeiterbewegung erfolgen, entspringen nicht den Abschiedlichkeiten oder der Eigenbräuel einzelner, sondern sind der Niederschlag des gewaltigen Ringens nach einer neuen, gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, die der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das Grab schaufeln soll. Der Kampf nimmt dabei immer schärfere Formen an, je stärker die Kräfte der Angreifer (der Schaffenden) werden. Nun aber sind die Verteidiger (Kapitalisten, Bürokraten, Beamte usw.) des Bestehenden relativ noch sehr mächtig, doch nicht mehr so stark, den Angreifer mit aller Gewalt in die Bedeutungslosigkeit zurückzuschleudern. So gebot ihnen eine gewisse Vorsicht, die Klugheit des Operierens wider einen erstarkten Gegner, den „Weg der Verständigung“ zu beschreiten, um auf diesem zur Erhaltung des ihnen gebliebenen Profits und sonstiger angenehmen Lebensgewohnheiten zu gelangen. Was liegt daher für sie nicht näher, als sich des Mittels der geschlichen Regelung des Arbeitsstärkvertrags zu bedienen, die unter Berücksichtigung des sozialen Würdungsprozesses doch wesentliche Vorteile, den grechen sozial-wirtschaftlichen Vorsehung den Mühen derer der sozialen Ungleichheit verhält und liefert.

Bei den Arbeitern ist nun leider der Begriff über die Zweckmäßigkeit der angewandten Methoden zur Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise ein sehr gefesteter. Eins aber liefert uns die Geschichte, daß es immer Minoritäten waren, die den Weg der Notwendigkeiten klar erkannten, während die Majoritäten mit beharrlicher Vorliebe der „praktischen Arbeit“, d. h. in Wirklichkeit ein Feilschen, ein Ausweichen des Kampfes bedeutet, das Wort redeten. So auch heute. Sie werden deshalb von allen interessierten Seiten gefördert, gestützt und durch gelegentliche „Gießesindes“ und Kochbüchlein geschützt. Warum? Natürlich doch nur, sie in dem Gedanken über die Möglichkeit der praktischen Arbeit, des „Nachwachs“, zu führen. Und das ist bis jetzt noch immer gelungen. Das heißt: Es hat sich keine wesentliche Änderung in dem Bestehenden ergeben, sondern ist nur ein ewiges Kreislauf einer geblieben. Zu diesem Kreislauf können hat gerade der „Anorr.“ ein einseitiges Stück Ordnung gebracht.

Wer unbeeinträchtigt von der „Anorr.“-Redaktion meine Artikel zu den jüngsten Gesellschaftsfragen zur Erhaltung des Arbeitsfriedens“ gelesen hat, der wird die artiklischen

Glossen der Redaktion unverständlich und deplaciert finden. Daß die Redaktion den Satz: „Sa, wenn wir vor 1914 schreiben!“ auslaßt, als wenn ich damit eine bessere Zeit hätte andeuten wollen, ist mehr als originell. Was bejagt er denn? Er bejagt, daß wir in der Abwehr uns gefährlich erscheinender Geseße stärker geworden sind, wir also den Kampf aufnehmen können.

Wenn die Redaktion der Zentralarbeitsgemeinschaft die Vaterlichkeit als den Wesentlichsten absprißt, so beßigt das Stund aber doch ihren Geist, und es ist hier belanglos, wenn die Vaterlichkeit zugesprochen wird. Das Stund ist still und will . . . leben! Die Straße, die in der Gesellschaft für Sozialreform wirken, sind keine Ausgleichskräfte in dem Ringen zwischen Kapital und Arbeit, sondern sind höchst stark interessierte Faktoren an dem reibungslosen Fortbestande der kapitalistischen Produktionsweise. Sie stehen auch der Zentralarbeitsgemeinschaft durchaus nicht so fern.

Unter diesem Gesichtspunkt Ihre Fälligkeit betrachte, kann von einer Erweiterung der Rechte der Arbeiter nicht die Rede sein, geschweige denn von einer Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems jemals gesprochen werden. Auffallend ist nur, daß diese Geseßentwürfe bei der Unternehmerrschaft durchaus nicht auf Widerstand gestoßen sind, was doch geradezu verdächtig genug erscheint.

Was die „Gelben“ anbelangt, so werden sich schon Mittel und Wege finden lassen, um ihre „Erfolgserreichung“ nachweise zu können, daß ihre Organisationen als berechnete Verletzungen der Arbeiterklasse anerkannt werden. Die erstarkten Unternehmerverbände werden ihren „Spallpils“ schon in die Reihen der Arbeiter tragen und den aus ihrer Klasse hervorgegangenen Richterstand durch Wort und Schrift beeinflussen, die Paragraphen zum Nachteil der Arbeiterbewegung auslegen. Wenn auch die Redaktion schreibt: „Wir glauben, wenn . . . (siehe Folio), so macht der Glaube wohl selb, aber die reiche Wirklichkeit harrigert ganz ungläublich. Sol nicht England schon Beweise erbracht, wie die Vermögenden der Gewerkschaften hoch in die Millionen konfiszieren worden sind? Aber abgesehen davon, kann uns an der Verbündlichkeit der Tarifverträge sowohl wie der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine etwas liegen, wenn wir damit Kraft und Stärke einbüßen, den Kampf wider die kapitalistische Gesellschaftsordnung erfolgreich fortzuführen? Die Redaktion scheint die Schiedensurteile der Sondergerichte recht wenig zu bewerten, um daraus zu schlußfolgern, daß die deutschen Richter „arbeiterfreundlicher“ geworden sind. Empörend ist es, wie man dieser Inquisition Hoßz aufzieht und nichts sich rührt im Interesse der „Erhaltung des Arbeitsfriedens“.

Eine jede unnatürliche Verbindung mit der Zweckmäßigkeit zu begründen, ist einfach und bequem; so den Burgfrieden während des Krieges, so die Zentralarbeitsgemeinschaft während der Revolution. Oemß, Zweckmäßigkeit liegt darin, aber eine Stärke, eine Kraft, ein Kampfwille nicht; es ist ein Ausweichen vor dem Kampf, es ist ein Schließen zur gemeinsamen Abwehr radikaler Umwälzungen, und dieser Zweck ist mehr als erreicht. Nütz nicht ein Stück Heuchelei in der Beförderung der Wiedererstarung der Unternehmerrschaft gerade auf Seiten derer, die ihr Höchstmöglichtes mit dazu beigetragen haben? Wer dabei die Leidtragenden sind, ist offensichtlich, das haben erst jüngst die Herren Baltrusch, Sassenbach, Wissell den Vorkämpfern von England, Frankreich und Italien in einer Kundgebung unterbreitet, in welcher sie erklären: „daß die ungeheuren finanziellen Verpflichtungen unmöglich aus der Substanz (dem Kapital, dem Vermögen) gewonnen werden können, sondern durch Mehrleistung der werktätigen Bevölkerung erbracht werden müssen.“ Wie nun mögen diese Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum die Kosten verlieren? Was läßt Böses abneht! Und dabei steigern sich die Gewinne der großkapitalistischen Unternehmungen trotz der wirtschaftlichen Not und Notstände, so daß die Unternehmer bemüht sind, sie schamhaft zu verschleiern.

Die Arbeiter haben keine Ursache, Geseßesankstler zu werden. Für mich sind immer die Motive der Geseßgebung ausschlaggebend, in wessen Händen der Paragraphenstiftung ruht, und wie weit die soziale Gerechtigkeit gediehen ist. Da es damit sehr schlecht bestellt ist, bedauere ich es, wenn die Arbeiter auf die Geseßesinstitute kriechen und ihre Kampffähigkeit preisgeben. Ich kann den Kollegen nicht genug empfehlen, recht aufmerksam und kritisch den Redaktionsartikel „Ein Arbeitsvertrag“ in Nr. 56 zu lesen. Nicht Kraftverweigerung ist ein Mittel, Schlichtes zu bekämpfen, Geseßes zu befechten, sondern das klare Erkennen, wohn die Reize führen soll. Mehr als dieses will ich durch meine Artikel nicht erreichen. Die Kollegen werden mich besser verstehen, als die Redaktion es glauben machen will.

Nachschrift: Auf die von der Redaktion in erweiterten Umfang behandelten Zeit- und Streitfragen kann ich so gern ich es möchte, wegen Raumangel und aus Rücksicht auf die „Schreitgewandten“ Kollegen nicht eingehen. bitte aber bei Hervorbringen des „Segens“ der Tarifgemeinschaft über den „Ausgleich der Interessen“ auf Kosten der Arbeiter ernstlich nachzudenken. Dann dürfte das Tarifgemeinschaftsbestreben an Farbe wesentlich verlieren und die Redaktion muß von Zeit zu Zeit immer wieder den Antritt erneuern.

Heute. Hermann Kotte.

demonstrieren Solidarität durch den Fallenden herum. Die Nachschrift oder bezieht sich auf die Stelle bei Abfassung seiner Erweiterung noch unbekanntem Darlegungen in Nr. 62 und 64 über die Fragen Lohnrecht, Tarifgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft, wobei er in Nr. 62 eine ergiebige Stelle mit seinem Diskurscharakter füllt.

Wer den letzten Herrmann Kotte kennt, wird über diese Applikation erstaunt sein. Rückblick auf den Raumangel und die „Schreitgewandten“ hängt unwahrscheinlich, weil Kotte uns kurz zuvor auseinandergesetzt, daß es bei solchen Materialien Rücksichten nicht geben dürfe. Das uns zugewiesene Erfordernis, die Tarifgemeinschaft von Zeit zu Zeit mit einem neuen Anstrich zu versehen, ist ein kleiner Irrtum, denn von Zeit zu Zeit macht sich Herrmann Kotte gegen die Arbeiterbewegung in der Tat geltend. Er streicht, wie sie mit ihren alten abgelebten Behauptungen der Arbeiterkraft nur die Spitze verschärfen. Wenn Kotte sich und die Seiten damit drapieren möchte, daß Minoritäten immer den Weg der Notwendigkeit klar erkennen, die Majoritäten aber sich um den Kampf herumdrücken, wodurch an der eigenen Sache schwer gerundigt wird, dann muß ihm schon gesagt werden, daß zwischen Minoritäten und Minoritäten ein erheblicher Unterschied besteht; die eine kann eine Minoritätsbewegung im Maße und berechtigt sein, die andre aber eine Stammlichende unverbesserlicher Eingänger, deren fortwährende Kampfbrenn nur dazu führen würde, daß das in der Tat vorwärtsbringende „Nach und Nach“ des Bieren unterbrochen wird durch mehr oder weniger heilige Rücksicht, die für wahr die Gewerkschaften zur Stillschaltung verurteilen würden. In der Beförderung der Wiedererstarung der Unternehmerrschaft liegt also nicht ein Stück Heuchelei auf Seiten der sogenannten „Arbeiterbewegung“, sondern ein Stück Heuchelei auf Seiten der Arbeiterkraft. Der Zukunft, wie Kollege Kotte eher unter nicht weniger ist. Daß der „Korr.“ in der von Kotte monierten Richtung ein „erleuchtetes Stück Erleuchtungsarbeit“ gestiftet hat, ist uns lieber zu hören, als wenn man uns sagen könnte, wir hätten Ehemalern mitgemacht. Der Kollege Kotte behauptet in seiner Erweiterung: „Es hat sich keinerlei wesentliche Änderung in dem Verhalten ergeben.“ (Sondern hier ein etwas Kreislaufreinen geben, aber die Bedenken sind die Bedenken, die wir nicht übersehen dürfen.) In politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht ist nach Kriegsbeginn ein gewaltiger Umschwung zum Vorteil der Arbeiterklasse eingetreten.“ Aber trotz dieser pyramidalen Gegenständlichkeit der Ausführungen sind sich Kotte und Stütz gestes- und richtungswandl!

Wir sind wie immer bereit, auch dem Kollegen Kotte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn wir ihn mit seiner Erwähnung der Zeit vor 1914 nicht verstanden haben, so war das nicht ein Fehler, als aus seiner Erweiterung nur erst klar wird, was er sich diesem in Nr. 59 unvollendet gebliebenen Gedankenstück eigentlich sagen wollte. Starhunger, wie es Kollege Kotte ist, will er dem Sozialdemokraten Professor Sassenbacher die Saupurcheherstellung an der Arbeitsgemeinschaften verweigern. Gerade der Umstand, daß hier ein auf dem Tarifgebiete sehr zutuniger seinen Ideen in welchem Maß Eingang verfallen könnte, daß dem Entwurf weniger scharfe Kritik eingeleitet, als der unter einem anderen Sozialdemokraten (Schlicht) mitgeteilt und in noch vielen Umtrieben sehr noch unbeschriebenen Schlichtungsordnung. Das Arbeitsarbeitsgesetz wird trotzdem auch von uns noch für verfassungsmäßig gehalten. Die neuen sozialen Geseßesentwürfe sind entgegen der Behauptung von Kotte sämtlich auf Widerstand bei der Unternehmerrschaft gestoßen. Wenn dem Arbeitsarbeitsgesetz haben wir dafür in Nr. 60 schon Anmerkungen gebracht. Es ist das erweitert in Nr. 71 „Erfolgserreichung“ ein Schlagwort!“ unter Bezug auf das Zentralarbeitsarbeitsgesetz, welches die Arbeiterbewegung in den wirtschaftlichen Kämpfen kann man darüber auch mancherlei lesen, ist in der „Sozialen Presse“ vom 3. Juni, worin sogar ein Verfall der Unternehmerrschenden gegen den Entwurf des Arbeitsarbeitsgesetzes geworden ist. Wenn Kollege Kotte seine Behauptung, daß die Unternehmer an den neuen Geseßesentwürfen nichts auszusprechen hätten, also gar noch unterbreitet, so ist das ein recht klüßes Benehmen. Es unterliegt eben alles der Kritik. Das hat auch Kollege Kotte in Nr. 37 wegen des Arztes erfahren müssen, worin ein mehr als klüßes Benehmen liegt. Über seinen Diskurscharakter nach der Grundständigster Tagli und klarer gemeinschaftlicher Eifersuchtwang hermanche. Wenn es auch gar nicht so scheint, will, ein schlechter Leser des „Korr.“ muß der Kollege Kotte doch sein, denn sonst könnte er von uns nicht annehmen, wir gingen an den Schiedensurteilen der Sondergerichte achlos vorbei. Schon am 9. April haben wir im Zentralartikel zum ersten Male darüber ganz unzuweilige Ausführungen gemacht.

Wenn Gemeinliche Weltspalergang können wir im „Korr.“ nicht mit dem Kollegen Kotte unternehmen; wir halten uns immer an die gegebene Materie. Seine Rede des Streiksozialismus, was doch wohl als Grundmotto von Kottes quersüßiger Arbeiterinteressenverleumdung anzusehen ist, wünschen wir nicht verbreitet. Herrmann Kotte ist ein seltsames Exemplar von verletzter Konsequenz. Wäre sein Messiasum ein nicht so a-ger Zwiebelst zwischen Idee und Realität, hätten ununtermerzt die Arbeitsarbeits die hofflose Ausbreitung finden können, wie sie aus der in Nr. 71 behandelten Tarifpolitik ersichtlich ist.

Die Kollegen müssen des Kollegen Kotte Wunsch ruhig erfüllen und seinen Artikel in Nr. 59 wie den vorigen in Nr. 56 noch einmal lesen. Ob sie ihn dann aber besser verstehen werden als uns, das glauben wir nicht, denn im vergangenen Jahre hat Herrmann Kotte uns schon einmal in ähnlicher Weise gelächelt, er ist verurteilt, daß seine Ausführungen im „Korr.“ keinen Widerstand gefunden hätten. In diesem Jahre gibt es kein Erleuchtetes des Artikels doch ein Kollege aus einer weltlichen Großstadt, daß mit ihm noch eine ganze Anzahl mitten im Organisationsleben stehender Kollegen die Artikel aus dem „Korr.“ von vornherein nicht lesen, die bestimmte Namen als Verfasser tragen. Herrmann Kotte wurde als erster genannt . . . Das ist dort, aber: Vox populi, vox dei!

Die Redaktion.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften

(Eine Entgegnung)

Wie rüchständig ist doch ein Mensch, der Zweifel begl an dem Nutzen der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit! In diesem Tenor bewegten sich die Artikel des Kollegen Kralj gegen meine Einleitung in Nr. 59 des „Korr.“ zur Frage der Arbeitsgemeinschaften, soweit ich dabei in Betracht kam. Ich werde versuchen, in notdürftigster und kürzester Form auf die „fachliche Polemik“ des Kollegen Kralj in einigen Punkten einzugehen.

Des Kollegen Kralj Schlußfolgerung, die er aus der Einstellung meiner Einleitung zieht, ist unzutreffend. Denn Arbeit mit einem Worte habe ich erklärt, mit den von den Kommunisten eingeschlagenen Wegen einverstanden zu sein. In jeder Zeit habe ich es an Klarheit nicht fehlen lassen, daß mir die Einbeziehung der Arbeiterklasse höchstes Ziel ist. In verkleideten im „Korr.“ veröffentlichten Einleitungen ist dies nachzulesen. Ich verweise nur auf Nr. 20 vom 17. Februar 1921 zum Thema „Gewerkschaften und Arbeitslosenfrage“. Auch kommunistisch organisierten Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber habe ich immer betont, daß ihre Wege auf das Ziel gerichtet sein müssen, die Einbeziehung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Eben deshalb, weil die Arbeiterklasse als Ganzes notwendig ist zur Lösung ihrer ideellen Aufgaben, deshalb habe ich zu der Mahnung an die Kommunisten von letzten der „Korr.“-Redaktion die meine an den ADGB, angegeschlossen. Wenn die Einbeziehung der Arbeiterklasse, die wir

alle so dringend wünschen, gefördert werden soll, dann müssen Geseße des Anstoßes, ganz gleich, wo sie her kommen, beseitigt werden. Ein solcher Stein des Anstoßes ist die linksgerichtete Arbeiterkraft die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft ohne ersichtlichen Nutzen.

Nun zur Frage der Arbeitsgemeinschaft. Welche Bedeutung liegt meiner Einleitung zugrunde? Die Abfrage des Zusammenwirkens zweier Gegenkräfte — wie sie in den beiden Wirtschaftsfaktoren Kapital und Arbeit zu Ausdruck kommen — auf der Grundlage gemeinsamer Interessenwahrnehmung. Weil nach meiner Auffassung, infolge der veränderten Zeitverhältnisse, das Zusammenwirken in Arbeitsgemeinschaften auf vorgezeichneten Grundlagen für die Arbeiterklasse wenig nubringend ist, dagegen der Nutzen für die Gegenseite aus diesen Gemeinschaften in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht weit überwiegt.

Vollständig fern lag es mir, einen Meinungsstreit darüber zu entfesseln, ob Lohnvertrag, Kollektivvertrag oder Tarifvertrag das bessere sei. Lediglich die Abfrage an die Arbeitsgemeinschaftsidee, worin der Arbeiterklasse Verpflichtungen auferlegt sind, die das Maß des für ihre Interessen Notwendige übersteigen, war der Leitgedanke meiner Einleitung. Daß darin zufälligerweise nun das Wort Lohnvertrag angewandt worden ist, geschah, ohne mich darauf festlegen zu wollen.

Wenn Kollege Kralj in Nr. 60 schreibt, daß wohl die Meinung über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaft auseinandergingen, die Frage aber keine grundsätzliche Bedeutung habe, so ist das keine persönliche Auffassung. Er bejagt aber, daß Änderungen innerhalb der Gewerkschaften über das Für oder Gegen die Arbeitsgemeinschaften bestehen, wozu ja auch die tagelangen Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftskongress und auf allen Verbandslagen zeugen. Der Ausgangspunkt dieser Streitfrage ist die geteilte Meinung über den einzuschlagenden Weg zur Erreichung der ideellen Ziele der Arbeiterklasse, und deshalb ist die Ablehnung oder Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft sehr wohl von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Erfolge unrer sozialen Tarifgemeinschaft würdige Kollege Kralj in Nr. 62 besonders, trotzdem ich diese durchaus nicht bestritten hatte. Aber nicht die soziale Einigkeit unrer Kontrabanten, sondern die Betriebsrentabilität, die dem Unternehmer über jedem sozialen Empfinden steht, und unrer Organisation sind die Hauptfaktoren zu diesen Erfolgen. Erst im vorigen Jahre haben diejenigen, die an die soziale Einigkeit unrer Kontrabanten glauben, einen ersichtlichen Beweis davon erhalten, wie sich die Unternehmer den Ausbau unrer sozialen Tarifgemeinschaft denken. Bei Beratung des Entwurfs zu unrem jetzt bestehenden Tarif mußte nach Ansicht einer Anzahl anwesender Funktionäre dem Entwurf ein ideeller Teil vorangehen, der im Geiste der Generalversammlung des Verbandes das Mittelbestimmungsrecht in der Produktion auf friedlichem Wege vorbereiten sollte. Einige prominente Vertreter unrer Verbandes erklärten dieses Beginnen schon im voraus als zwecklos. Dessen ungeachtet wurde der Versuch unternommen. An den ersten Tagen der Tarifverhandlungen präbte der ideelle Geist — zum Fenster hinaus. Sohinach auf Seiten der Unternehmer war die Antwort. Leider ist die Ideologie an eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit noch nicht völlig verschwunden. Die harten Tatsachen werden jedoch noch beitragen zu der allgemeinen Erkenntnis, daß das Band einer Interessengemeinschaft mit der besitzenden Klasse so dünn wie ein Schleier ist, das sofort zerreißt, wenn die Kapitalinteressen gefährdet sind oder die Macht der Arbeiterorganisationen als der Gegenpol schwächer wird.

Wenn Kollege Kralj in Nr. 64 ausführt, daß die Konsequenz der prinzipiellen Arbeitsgemeinschaftsbekämpfung logisch zur Abfrage an das Parlamentswesen, an die Kommunalvertretungen, Schlichtungsausschüsse usw. führen würde, so trifft das nicht zu, insofern, als doch ein Unterschied besteht zwischen öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Körperchaften. Zu öffentlichrechtlichen Körperchaften tritt zumelst der Staat als dritter Kontrahent, entweder als Aufschlichter oder als Mittelvermittler. In solchen Körperchaften sollte der Staat als Hüter des Allgemeinwohls entscheidend sein. Auch privatrechtliche Wirtschaftsverträge sind nicht in den Kreis der als unzumutbar bezeichnenden Arbeitsgemeinschaften einbezogen, soweit die vertraglichen Bestimmungen nicht das Maß überschreiten, welches die Interessen der Arbeitnehmer als unbedingt notwendig erfordern. Keinem Gegner der Arbeitsgemeinschaften wird es einfallen, Wirtschaftsverträge zu bekämpfen, die sich in den bezeichneten Grenzen halten.

In der gleichen Nummer glaubt Kollege Kralj die Erfolge der Zentralarbeitsgemeinschaften und ihrer Ausschüsse besonders hervorheben zu müssen. Ich verkenne einzelne Erfolge durchaus nicht, bin aber der Meinung, daß die Gegenseite ganz andre Vorteile aus ihrer Mitarbeit in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht für sich gezogen hat. Ich greife nur die drei großen Wirtschaftsprobleme heraus: Ernährungs-, Wohnungs- und Arbeitslosenfrage. Sind wir in den vergangenen drei Jahren ihrer Lösung weitlich näher gekommen? Die Forderung der Sozialisierung der Kohlenhänge will ich nur andeuten. Anträge und Forderungen sind oftmals erhoben, Versprechungen im Laufe der Zeit genügend gemacht worden. Kommissionen haben in Menge an der Lösung dieser Aufgaben gearbeitet. Der Lösung selbst sind wir aber nicht näher gekommen trotz des partiellen Zusammenwirkens beider Wirtschaftsfaktoren. Und warum? Weil an den Grundfesten nicht gerüttelt werden darf, nicht die Allgemeininteressen, sondern Privatinteressen entscheidend sind.

Se weiter sich der Kurs nach rechts entwickelt, desto mehr tritt in Erscheinung, daß Gemeinschaften auf vor-

Diese Erweiterung ging un- . . . so, als wir un- in Nr. 60 mit dem Artikel „Arbeitsarbeitsgesetz, ein Charakter“ beschalt hatten. In diesem Artikel wurde nicht nur die Materie, in seiner Erweiterung sehr kritisch er nicht minder luhnt bei dem von ihm

In die Redaktions- und Geschäftsräume ein und baute in allen Räumen in wahrhaft vandalischer Weise. Der Schaden beläuft sich auf Hunderttausende von Mark. Die Verwüstungen hatten zur Folge, daß die Zeitung erst wieder am 1. Juli zweifach und am 2. Juli wieder in gewohnter Weise erscheinen konnte.

Zwei Jahre Nord. Eine Materialsammlung von Dr. Gumpel gibt ein erschütterndes Bild von der verfallenen politischen Atmosphäre in Deutschland. U. a. werden 314 politische Morde von rechts und 15 politische Morde von links aufgezählt. Der Verfasser schwelgt selbst einmal in größter Gefahr, ermorde zu werden, was ihn wohl zu dieser umfangreichen Materialsammlung angeregt hat.

Der Kapitalismus der Großagrarien. Treffliche Beispiele dafür, wie die große Landwirtschaft unter Schädigung der Allgemeininteressen während des Krieges und nach dem Krieg verdient hat, liefern die fetterhigen Verkäufe von Gütern und Verpachtungen von Domänen. Der bisherige Pächter der Domäne Goldbachum (Braunschweig), Amtmann Thiele, zahlte seit 18 Jahren 25000 Mark Pacht. Ab 1. Juli bot er großmütig 37000 Mk. Mit 285000 Mk. erblickt ein anderer Bieter den Zuschlag, der sich schließlich bereiterklärte, ein nachträgliches Gebot Thieles von 290000 Mk. ebenfalls zu zahlen. Ein 2060 Morgen großes Rittergut in Westfalen wird sogar zu

einem Kaufpreise von 16500000 Mk. angeboten. Wenn für das herrschaftliche Schloß nebst Inventar und was dazu gehört rund 5 Millionen Mark gerechnet werden, so ist der Morgen Land immerhin mit rund 6000 Mk. veranschlagt. Welche Verleuerung für die Lebenshaltung der Arbeiter in den Städten das bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen.

Anwahrhafte Feuerungszahlen. Die manchmal auffällig niedrigen Zahlen der Feuerungszahlungen, mit denen die Vertreter der Arbeitgeberverbände bei Tarifverhandlungen hantieren, haben ihre Aufklärung gefunden. Der Arbeiter resp. den Gewerkschaften ist in einer Muhschraube des Preußischen Staates ein Amt an die Städte und die Gemeinden das Mitbestimmungsrecht wohl geföhrt, aber nach den gegebenen Tatsachen sind sie wohl von den meisten Gemeindegewerkschaften nicht dazu herangezogen worden; ob mit Absicht oder nicht, bleibe dahingestellt. Der Unternehmer hat natürlich nur ein Interesse an niedrigen Feuerungszahlen, um unter Berufung darauf sich den Anforderungen der Arbeiter und Angestellten zu entziehen. Also heraus aus der Reserve, Ortsvorstände oder Ortsauschüsse aller Gruppen! Abt euer Mitbestimmungsrecht bei der Weidweide sofort aus mit dem eigenen Haushaltungsbuch in der Hand, das nicht täuscht noch lügt! Nur eine Feuerungszahl, die unter Mitwirkung

der Arbeiter resp. Gewerkschaftsvertreter aufgestellt wird, bietet Gewähr für deren Richtigkeit.

Literarisches

Die Gesetzesfassung der russischen Zensurgesetze. Ein Beitrag zur materialistischen Gesetzesauslegung. Von Dr. W. B. B. Berlin, Preis 3 Mk. Herausgegeben von „Arbeiter und Arbeiter“. Der „Finn“-Verlag für praktische Politik und Erneuerung, Berlin W. 35. Der Verfasser hat seinen Blick auf die Volkswirtschaft nur die konsequente Materialisation der Politik, und Schwärmerentwürfen ist, mit viel Geist durchgearbeitet, wenn die Maße selbst von neuem Geist erfüllt, nur wenn ihrem Willen die neue Ordnung der Dinge vorgebildet sei, etwas Neues geschaffen werden und Bestand haben. Ein neuer Werkzeuge die neuen Mittel und Formen des neuen Weltes zu finden und zum Allgemeinwohl der Masse zu machen haben.

Verschiedene Eingänge

„Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.“ Nr. 13. Einzelabonnenten belieben die Zeitung nur bei ihrem Postamt (jährlich 3 Mk.). Die Mitglieder der freien Gewerkschaften beziehen die Zeitung zum Vorzugspreise von 1 Mk. (den örtlichen Verwaltungen stellen ihrer Verbände aber durch den Ortsauschuss (Gewerkschaftsleiter). Die Verteilung erfolgt meistens in den regelmäßigen Versammlungen der Betriebsräte. Nichtbetriebsräte lassen sie sich durch Betriebsräte mitbringen. (Stier zu einer Zeilags.)

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen (Bau Leipzig W. d. D. B.)

Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Albergarten“, Zweinaundorfer Straße:
Gaumitgliederversammlung
Tagesordnung: 1. Bericht über die Stellungnahme der Mitgliedschaften im Reich zum Scheidungs- und 2. Aussprache.
Außerst wichtige Versammlung. Kontrolle durch Mitgliedsbuch. Der Gauvorstand.

Druckereifachmann als technischer Betriebsleiter

Für eine kommunikativer Tageszeitung sofort oder später gesucht. Ausführliche Angebote unter Nr. 90 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Erster Aktivistischer Arbeiter

mit hervorragender Bekämpfung für die moderne Ausstattungsstelle gesucht. Wir legen mehr Wert auf einen Sachkennner als auf technische Fähigkeiten, weil Zeichneratelier vorhanden. Um allererklärliche Kräfte bitten wir um Meldung mit Matrikel, Altersangabe, Wohnortangaben usw. Bedinge wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
Friedr. Kirchner, Druckereigesellschaft, Erfurt.

junger Mann

möglichst gelehrter Buchdrucker, gesucht. Stenographie erwünscht. „Stargard-Phyler Volkszeitung“, Stargard i. Pomm., Pöcher Straße 13.

Linotypesetzer

guter Maschinenkennner, wird für sofort gesucht. „Oberlausitzer Volksbote“, Ebersbach i. S.

Nach Dresden oder Umgeg. Strebl. Maschinenmeister

35 Jahre alt, ledig, wünscht sich zu verändern, und zwar in eine angenehme Stellung zur Unterhaltung eines Magazins oder Lagerverwalters oder ähnliche Position. Beste Offerten unter Nr. 87 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Rotationsmaschinenmeister

vertraut mit A. & Z., Vogelländer, Frankenthaler und Augsburgischer Maschinen von 8 bis 64 Zeilen sowie persischer Zünd- und Flachstempel, sucht Stellung als Meister oder als Sammelmeister. Rheinland oder Bayern, jedoch nicht Bedingung. Beste Zuschriften unter M. S. 77 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Aktivistischer Schriftsetzer oder Schweizerdegen

mit längerer Praxis für Multi-Ideal in Wechselzahl gesucht. Bedinge wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
Friedr. Kirchner, Druckereigesellschaft, Erfurt.

Erstklassiger Schriftsetzer oder Schweizerdegen

Tüchtiger Typographsetzer

(nur erste Kraft) zum sofortigen Eintritt gesucht. Am liebsten Bewerber aus dem bayerischen Gebiet.
Verlag der „Volksstimme“, G. m. b. H., Saarbrücken 3.

Stereotypsetzer gesucht!

Bewerbern besten Dank.
C. Müllers Buchdruckerei, Eberswalde.

W

und unter welchen Bedingungen findet Junger, tüchtiger Schweizerdegen, in allen Satz- und Druckarbeiten, Gelegenheit zur Erlernung des Maschinenwesens? Im Typographischen Vornehmlich vorhanden! Angebote erbitte!
Mag. Sommer, Amberg (Bay.), E 230 1/2.

Qualifizierter Linotypesetzer

(ledig) sucht zum 17. Juli Stellung. Ad. Trajan, Prell bei Lunden (Holl.).

Linotypesetzer

langjährige Praxis, guter Maschinenkennner, wünscht sich in dauernde, angenehme Stellung zu verändern. Offerten unter Nr. 84 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linotypesetzer

sucht sofort Stellung in Leipzig. Offerten unter Nr. 88 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linotypesetzer

wünscht sich nach München zu verändern. Angebot unter Nr. 101 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monotypesetzer

langjährige Praxis, sucht sofort Stellung in Leipzig. Offerten an Stargardenerstraße, Leipzig, Gutlich, Willenberger Straße 42.

Tüchtiger Maschinenmeister

(gelernter Schweizerdegen), an selbstständiges Arbeiten an Ziegeln und Schneepresse gewöhnt, sucht sofort Stellung. Offerten unter Nr. 85 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Schweizerdegen

firm in allen Scharfen, welcher Schneepresse und Ziegel bedienen kann, sucht sich zu verändern. Gal wohin! 1102 H. Stadler, Ergoldsbach (Nbb.).

Matrizenbohrer

sucht per sofort oder später Stellung. Best. Offerten unter Nr. 81 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monotypesetzer

erle Kraft, zehnjähr. Praxis, jede Eindr. leicht behend, jedw. ein. guten Guss liegend, sucht Stellung in Leipzig. Offerten unter Nr. 73 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Sch. zahle 5 Mk. monatlich

und bestelle bei der Firma 178 G. S. Otto & Co., Berlin-Charlottenburg

Marlitts Romane

9 Bände, gebunden für 45 Mk. (Anzeige mit Adresse einsehen.)

Johannisfestdruckachen

Eintrittskarte und Programm sind gegen Einzahlung von 50 Pf. (kein Geldgehalt) zu haben. 197 G. S. Altinger, Berlin Berliner Buch- und Schreibeerei, Berlin SO 16, Engelauer 14 I.

Stichschneidegeräten

Schlips- u. Verbandsnadeln
Werkzeugkasten verschleißbar
Werkzeuge für alle Verbandsarbeiten
Papiermüllerei, Preisliste gratis.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern
Bejner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.



Tellzahlung

Photo-Apparate aller Art
Photogr. Artikel
Kataloge umsonst u. portofrei.
Jenass & Co., Berlin P. 407
Hollo-Alliance-Str. 7-10.

Sekregale und Kästen

sowie Formregale, Sekregale, Waghliche, Wägen- und Farbendrücke, Schreiber usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
Bejner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von
Ludwig Lorenzen,
Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Preisermäßigung!

Scherblufen

gestreift Friedensqualität
100 110 120 130 cm lang
88 90 92 94 Mk.

Druckeranzüge

in guter, schwerer Qualität
Gr. 46 48 50 52
Mk. 88 90 92 94
einfach, Porto und Versp. bei Einzahlung auf Postcheckkonto 800 62 Frankfurt a. M. Nachnahme 1,50 Mk. Aufschlag.
H. Böner, [18]
Solszlar bei Kassel.

Einzahlungen an den „Vorrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 6123

Gefangenenverein „Gutenberg“

Leipzig
Sonntag, den 10. Juli 1921
Gaugängerfest

Bereinsbuchdruckerei zu Hannover

eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht
Bilanz 1920
Aktiva: Kassenkonto 17 380,60 Mk.,
Kauskonto 179 990 Mk., Inventarkonto 71 909,25 Mk.,
Betriebsmaterialkonto 13 830,75 Mk.,
Kammerkonto 5925,50 Mk. = 311 191,10 Mk.
Passiva: Kauskonto 137 000 Mk.,
Betriebsmaterialkonto 8691,25 Mk.,
Kapalkkonto 116 413 Mk., Unterhaltungs-
fonds 892,50 Mk., Referenzfonds 12 398,52
Mk., Erneuerungsfonds 7000 Mk., Hilfs-
referenzfonds 31 47,86 Mk., Steuerreferenz-
fonds 4000 Mk., Jubiläumskonto 500
Mk., Auswärtigenfonds 5000 Mk., Ge-
samt 14 147,97 Mk. = 311 191,10 Mk.
Saldo: 92 600 Mk. Zugang 198
27 900 Mk.
Mitgliederverband: 183.
Hannover, den 4. März 1921,
Der Vorstand:
H. Rosenbruch, Georg-Rolle.

Kernlederfohlen

aus Zahnlederhüten gefasst,
I. Qualität:
Kinder 11, Damen 14,50,
Herren (40 46) 17 Mk.
Verband per Nachnahme, Porto und Verpackung wird berechnet. Wegen des hohen Portos sind Sammelbestellungen erwünscht. [17]

Gehilfen

Unsern lieben Kollegen
Karl Schneider
zu seinem 50jährigen Berufs-
jubiläum die
herzlichsten Glückwünsche!
Leipzig, 10. Juli 1921.
Die Verbandsmitglieder der
Firma G. J. Weber.
Gehilfenverein (Bayern).

Am 1. Juli verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, Herr Direktor

Georg Endres
im Alter von 59 Jahren.
Durch sein langes, stets hohes
geistes Begehnen hat er sich ein
liles Gedenken bei uns gesichert.
Ortsverein Regensburg.

Am 1. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden an der Brustkrankheit unser lieber Kollege, Herr Schriftsetzer

Wolfgang Huber
aus Landshut, im Alter von 31 Jahren.
Dem jederzeit pflichtbewußten
Kollegen wird ein ehrendes An-
denken bewahrt.
Die Mitgliedschaft Würzburg.

Am 1. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden an der Brustkrankheit unser lieber Kollege, Herr Schriftsetzer

Wolfgang Huber
aus Landshut, im Alter von 31 Jahren.
Dem jederzeit pflichtbewußten
Kollegen wird ein ehrendes An-
denken bewahrt.
Die Mitgliedschaft Würzburg.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuliefernd.

Beilage zu Nr. 78 — Leipzig, den 9. Juli 1921

Redaktionsklub: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. (Ein neuer Tarif.) Durch die Kriegsergebnisse und die nach deren Beendigung immer noch fortwirkenden schlimmen Zustände war es den Verbandsleitungen nicht möglich, nach der festgelegten Ablaufzeit des Normallohnstarfs diesen einer den Verhältnissen angepassten Revision zu unterziehen. Es konnte jeweils nur eine kleine Reparaturarbeit vor sich geben, die in erster Linie auf eine Erhöhung der Feuererzeugung abzielte. Die letzte derartige Revision fand zu Anfang des Sommers 1920 statt. Es wurde die Gültigkeit des Tarifs bis 30. Juni 1921 festgelegt. Im laufenden Jahre war nun eine gründliche Erneuerung des Lohn- und Arbeitsübereinkommens unabwendbar, und infolgedessen wurde dasselbe von Gehilfen- und Arbeiterseite getündigt, zugleich aber auch dem Tarifamt ein Antrag nicht unerheblicher Entlohnung überreicht. Die graphische Unternehmerschaft war selbstverständlich gleichfalls nicht müßig in ihren Gegenforderungen. Allem Anschein nach schien es diesmal zu größeren und langwierigeren Ausparnissen zu kommen, was auch tatsächlich eintrat. Die am 20. Juni begonnenen Verhandlungen nahmen einen äußerst schleppenden Verlauf und fanden erst am 28. Juni gegen Abend ihr Ende. Hartnäckig wurde von beiden Seiten um jede Position gerungen, mancher Wunsch der Gehilfen- und Arbeiterseite wurde zurückgestellt. Aber trotzdem haben die Gehilfenvertreter die Schlichtung halbwegs gefürht und so manches beigebracht, ohne nennenswerte Verluste erlitten zu haben. Die tägliche Arbeitszeit bleibt wie bisher die achtfündige. Die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit mit entsprechender Verkürzung, so daß sie 45 Stunden in der Woche nicht übersteigt, wurde von der Prinzipalpartei strikt abgelehnt, da sie prinzipiell einer Kürzung der Arbeitszeit nicht zustimme. Die Auszahlung der B-Stufe konnte von den Gehilfenvertretern gleichfalls nicht durchgesetzt werden, jedoch gelang es erfreulicherweise, für die niederen Stufen prozentual bessere Resultate zu erlangen als für die C-Stufe. Besonders die Provinz kann diesmal sehr zufrieden sein. Die neuen Normallöhne stellen sich demnach in ganz Österreich wie folgt:

	Ortsklasse			Mien
	I	II	III	
Stufe A (Minimum)	350	400	500	500
(Feuerungszulage)	850	1000	1100	1200
Stufe B (Minimum)	450	500	600	600
(Feuerungszulage)	1030	1200	1350	1480
Stufe C (Minimum)	500	600	700	700
(Feuerungszulage)	1250	1420	1630	1800

Für Kurorte wird ein entsprechender Zuschlag erfolgen. Der frühere Lohnzuschlag ist in Wegfall gekommen, dafür wurde Wien separat gestellt. Die in den Druckereien beschäftigten Buchbinder erhalten einen um 10 Proz. geringeren Lohn als die Buchdruckergehilfen der C-Stufe, während die Hilfsarbeiter um 5 Proz. mehr bekommen, als der Gehilfenprozentsatz der Erhöhung ausmacht. Die letzteren haben deshalb auf abgelehnt. Der Manteltarif konnte leider nicht der Bewirtlichung angeführt werden, weil schließlich auch die Vertreter der Buchbindergehilfen erklärten, an den Organisationsbestimmungen derselben weniger Interesse zu besitzen. Die allgemeinen Bestimmungen des Normallohnstarfs gelten aber trotzdem für alle vier Branchen (Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Lithographen bzw. Steinbrucker), während die Lohnsätze von den betreffenden gegenseitigen Organisationen selbst ausgearbeitet werden. Dies gilt auch, wie eingangs erwähnt, von den Zeltungslehren Wiens. Eine zeitgemäße Regelung fanden auch die verschiedenen Spartenzuschläge. Der Tausendpreis beträgt für Schriftzeug (Velt bis Garmond (Korpus):

	Ortsklasse		
	I	II	III
Fraktur und Antiqua	9,62	11,54	13,46
Orthographisch, Außenbeschluß	10,58	12,70	14,80

Für Cicerohegel wird ein Zuschlag von 25 Sektoren, für Mittel- und Kolonellhegel von 50 Sektoren, für Zerkla- und Nonpareillhegel von 100 Sektoren und für Perl- und Diamanthegel von 110 Sektoren auf obige Satzpreise berechnet. Die Entlohnung für die Herstellung der Montagegrüßblätter wurde bei den Gehilfen um 100 Kr. und bei den Hilfsarbeitern um 80 Kr. erhöht. Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung der Löhne der graphischen Arbeiterkategorie (Buchdrucker und Hilfsarbeiter) 15 bis 20 Proz. Der neue Tarifentwurf trat am 4. Juli in Wirksamkeit und dauert bis 30. Juni 1922. Die neuen Lohnsätze gelangen am 9. Juli erstmalig zur Auszahlung. Erwähnenswert ist noch, daß von nun an allmonatlich nach der Indexziffer der Statistikkommission eine Regelung der Löhne

erfolgen kann, sobald die Indexziffer eine Erhöhung über 5 Proz. aufweist, während andererseits ein Abbau der Löhne erst dann stattfinden darf, wenn sich eine Senkung der Ziffer um wenigstens 25 Proz. ergibt. Die Wiener Vertrauensmänner haben in ihrer Verklammerung das Wirken ihrer Vertreter bei den Tarifverhandlungen dankend und ohne Opposition zur Kenntnis genommen, und es ist zu hoffen, daß auch die gesamte Kollegenchaft dieser Aufstellung Rechnung trägt.

Von weiteren wesentlichen Veränderungen im neuen Tarif gegenüber dem alten Tarif wären u. a. noch folgende hervorzuheben: Bei schichtweiser Nacharbeit wird eine Entschädigung von 50 Proz. zum ortsbisshen Minimum der C-Stufe des gewöhnlichen Geldes bezahlt. Die erforderliche Kenntnis einer fremden Sprache für Setzer und Korrektoren wird mit 10 Proz. über Minimum bewertet. Korrektoren erhalten für regelmäßiges Lesen von wissenschaftlichen (mathematischen, medizinischen) und fremdsprachigen Satz einen Zuschlag von 100 bzw. 150 Kr. Wird ein gelernter Gehilfe ausnahmsweise zum Korrektorenstellen herangezogen, so erhält er für jeden Tag 22 Kr. über das ihm zustehende Minimum. Maschinenmeister erhalten für gleichzeitige und ständige Bedienung einer zweiten Maschine oder Ziegeldruckpresse eine Entschädigung von 150 Kr. für Schnellpressen und 75 Kr. für Ziegeldruckmaschinen. Maschinenlehrer erhalten einen Zuschlag von 200 Kr. zum ortsbisshen Minimum. Gehilfen, die ständig in Zeltungsbetrieben beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 27 Kr. wöchentlich; stundenweise Zuschläge in Zeltungsarbeiten wird mit 1 Kr. Zuschlag für jede Stunde bezahlt.

Der Wiener „Vorwärts“, das Verbandsorgan der österreichischen Buchdrucker, fällt das Urteil über den neuen Tarif und die Verhandlungen folgendermaßen ab: „So manche unserer Kollegen haben an die diesmalige Tarifrevision besondere Hoffnungen geknüpft, die sie nicht erfüllt sehen. Was aber seitens der Vertreter der Buchdrucker und des Kartells gemacht werden konnte, ist gewiß geklärt, und wenn viele Wünsche nicht Erfüllung finden, wenn da und dort Härten im Tarif sichtbar werden, so sind dieselben zum größten Teil auf den Widerstand der Gegenseite und die ungünstigen Verhältnisse an manchen Orten zurückzuführen, die sich im Gesamtergebnis der Beratungen widerspiegeln. So manchmal machte es dem objektiven Beobachter den Eindruck, als ob der oder jener Streik unserer Unternehmer — und hier sprechen wir speziell von den Bundesländern außerhalb Niederösterreichs — es gar nicht ungern sehen möchte, wenn es zu einem „Zwischen“ kommen würde. Gerade dadurch war aber die Haltung der Gehilfenchaft und aller jener Elemente auf Prinzipalsseite, welche dem Gedanken „Friede erhöhen“, Unruhe verbreitet hätten, gegeben. Von dieser höheren Werte aus muß auch das Ergebnis der Verhandlungen beurteilt werden. Speziell die Tatsache, daß in der Lohnfrage denn doch wieder ein Schritt — wenn auch kein allzu bedeutender — nach vorn gemacht wurde, und die Abmachung, daß bei einem eventuellen Abbau der Löhne — und allüberall begegnen wir wohl keinen Preis-, sondern Lohnabbaubestrebungen — den Vertretern des Buchdruckgewerbes eine bestimmte Schutzzone durch den neuen Lohnvertrag eingeräumt wird, mag manche Enttäuschung über Nichterreichendes leichter erträglich machen.“

Schweiz. Aber die Zusammenhänge der grundsätzlichen Differenzen in Organisations- und Tariffragen, die in den letzten Wochen im Schweizerischen Typographenbunde die Wogen des mündlichen und schriftlichen Gedankenaustausches sehr hoch gehen liehen, schreibt unser Mitarbeiter aus dem Lande Wilhelm Zells als Ergänzung zu unserm kurzen Bericht in Nr. 72 noch folgendes: „In der Hauptsache dreht sich die Diskussion um die beiden Fragen, ob sich der Typographenbund für die sogenannte Einheitsorganisation entscheiden will oder nicht, und um den Anschluß an Moskau. Die Einheitsorganisation ist der Föder der Stimmuntiken, mit dem sie hoffen, indirekt zu ihrem Ziele zu gelangen. Man redet den Leuten vor, wir müssen eine geschlossene, einheitsliche Front gegen das Bürgertum, den Kapitalismus bilden, nur dadurch kommen wir vorwärts usw. Und es ist nicht zu leugnen, daß sie einen gewissen Anhang dadurch erreichen, besonders bei den schwachen Organisationen; diese bilden durch die gegenwärtigen kassierten Zeiten, denen sie hilflos gegenüberstehen, einen guten Nährboden. Diese Verbände haben eben nichts oder nicht viel zu verlieren. In Zellen der Hochkonjunktur hat man dort nicht vorgeföhrt, hat die Kleinarbeit, die Organisation verpöhlen und die Mitglieder mit radikalen Phrasen gekostet. Nun die längst vorausgesehene Krise eingetreffen, kann man in seiner Ohnmacht nichts bieten. Anders die Mitglieder der starken Verbände, sie können ihrer Organisation vertrauen. Und nun kommen die Kommunisten und wollen glauben machen, daß es ihnen erst sei mit der Einigung der Gewerkschaften. Das kann ihnen kein ernstlichender Gewerkschaftler glauben; im Gegenteil, die Gewerkschaften sollen in unabhängiger Minderzahl organisiert und die Unterstützung in die Arbeiterunionen geleitet werden, weil es dort eher möglich ist, mit Hilfe der kleinen Gewerkschaften die großen niederzulücken und radikale Reaktionen zu provozieren. Für solche Experimente sind die Buchdrucker noch

nicht zu haben; die Urabstimmung wird das deutlich zeigen. Das gleiche gilt auch vom Anschluß an Moskau. Es hat bis jetzt noch keine nachweisen können, welcher Vorteil aus Buchdruckern aus dem Anschluß erwachsen könnte, dagegen ist das Gegenteil zur Genüge bekannt. Wenn nur einmal die Arbeiter einsehen wollten, daß sie grobenteils selbst schuld sind an den gegenwärtigen traurigen Zuständen. Einige und geschloßen wären sie eine Macht, die es in der Hand hätte, Remedur zu schaffen.“

Zusätzlich hat die Urabstimmung über diese Streitfragen innerhalb des Schweizerischen Typographenbundes stattgefunden und laut Bekanntmachung in Nr. 25 der „Selbstlichen Typographia“ folgendes Resultat ergeben: Beantwortet wurde die erste Frage, „Sind Sie für Aufrechterhaltung der Berufsgemeinschaft?“ mit 3562 Ja! und 768 Nein!; die zweite Frage: „Soll die aus den nächsten Tarifberatungen hervorgehende Berufsordnung der Urabstimmung unterbreitet werden?“ mit 3945 Ja! und mit 356 Nein!; die dritte Frage: „Sind Sie für die von der Arbeiterunion Basel vorgeschlagene Einheitsorganisation?“ mit 3501 Nein! und 778 Ja!; die vierte Frage dann: „Sind Sie für den Beitritt in den Verband der revolutionären Gewerkschaften mit Sitz in Moskau?“ mit 3716 Nein! und 552 Ja! Für Aufrechterhaltung der Berufsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) stimmten demnach 83 Proz., dagegen 17 Proz. für Urabstimmung über die zukünftige Berufsordnung 92 Proz., dagegen nur 8 Proz.; gegen die kommunistische Einheitsorganisation 82 Proz., dafür 18 Proz.; gegen den Anschluß an Moskau 87 Proz., dafür nur 13 Proz. der gesamten Kollegenchaft. Das Resultat dieser Urabstimmung wird in Nr. 26 der „Selbstlichen Typographia“ mit Recht als ein wichtiger Entscheid folgendermaßen unterföhrt: „Der Souverän hat gesprochen. Mit einem an Deutlichkeit nichts zu wünschenden übriglassenden Votum hat er die ihm vorgelegten Fragen der Urabstimmung entschieden und damit gleichzeitig den klaren Willen ausgedrückt, welchen Kurs unser Verband in Zukunft zu steuern hat. Nicht allein nur das. Das vorliegende Resultat zeigt uns auch, wie stark oder besser ausgedrückt wie schwach eigentlich jene Minderheit in Wirklichkeit ist, die vor der Generalversammlung und anschließend derselben so geräuschvoll von sich reden machte. Also klare Situation nach allen Seiten!“

Die Aufnahme einer Statistik über die Differenzen in den Kosten der Lebenshaltung vom 15. Oktober 1920 bis 30. Juni 1921, zur Neuregelung der Klageverfahren der Priorität wurde vom Einigungsamt der Berufsgemeinschaft im Schweizerischen Buchdruckgewerbe am 15. Juni d. J. angeordnet. Es sollen durch die unteren Schiedsgerichte die durchschnittlichen Wohnungspreise und die Steuerlasten in den verschiedenen Druckorten festgelegt werden, während die Verbringung der Indexziffern für die übrigen Posten der Lebenshaltungskosten nach Angaben der amtlichen Statistik Sache des Einigungsamts selbst sein soll.

Auf ein 75jähriges Bestehen konnte am Johannistage d. J. die Mitgliedschaft Zürich zurückblicken. In Nr. 25 der „Selbstlichen Typographia“ wird das Werden und Wirken die'er größten und drehtältesten Sektion des Schweizerischen Typographenbundes in anschaulicher Weise geschildert.

Clasp-Vorbringen. Der von uns schon in Nr. 71 unter „Zumbach“ gemeldete Konflikt im elässischen Buchdruckgewerbe beruht nach einem Bericht in Nr. 26 der „Selbstlichen Typographia“ auf einer fortgesetzten Mißachtung tariflicher Bestimmungen in den Druckereien der Oberelässischen Verlagsanstalt in Hofnar, Schlettstadt, Gebweiler, Mühlhausen und Thann, nicht zuletzt aber auch in Veruchen, Verbandsmitglieber der betreffenden Betriebe in einen sogenannten Unabhängigen Gewerkschaftsbund, eine halbhohe Konkurrenzorganisation, zu zwingen. Der Direktor des genannten Unternehmens, Mappus, scheint ein sehr arroganter Patron zu sein, der es unter allen Umständen auf eine Machtprobe ankommen lassen wollte, indem er jedwede Verhandlung mit den Gehilfenvertretern ablehnte und nunmehr mit allen Mitteln verfuht, mit Streikbrechern die betroffenen Betriebe im Gange zu halten, wobei Wein, Bier und Schnaps und Verschwendungen verlockendster Art eine Rolle spielen. Es dürfte aber schwer halten, die annähernd 60 streikenden Kollegen zu erziehen. Als Streikbrecher werden in einem Flugblatte die „Herren“ Eduard Wölflinger aus Hegenhelm, Joseph Röll aus Burgfelden, Franz Medienburg und Weideler (letztere beide früher in Basel) namentlich aufgeführt.

Holland. Obwohl der Hauptvorstand der holländischen Prinzipalvereinigung nicht den Standpunkt einer völligen Hemmung der Zufuhr ausländischer Druckergegenstände vertritt, war er doch in der letzten Zeit bemüht, die immer empfindlicher werdende Wirkung der ausländischen Konkurrenz zu mildern. Er sammelte dazu Material zur Einleitung einer Aktion, die darauf hinging, bei den nachgehenden Autoritäten zu bewirken, daß wenigstens durch Gewerterung der Ausfuhrrechte die ausländische Konkurrenz weniger gefährlich gemacht wird. Aber das Ergebnis dieser Aktion wird in „Het Tarief“ folgendes berichtet: „Wie bekannt, sollen die Preise der Artikel, die aus Deutschland eingeführt werden, mit einem von der deutschen Reichsregierung festgestellten Wafentzuschlag belegt

* Zum Verleiche mit deutschen Lohnverhältnissen ist zu beachten, daß nach dem Stande der Balken am 20. Juni d. J. eine österreichische Krone nur etwa den achten Teil eines deutschen Reichsmark wert hätte. Es hat demnach das Minimum der Stufe C für Wien mit 2500 Kr. einen Wert von 312,50 M., wobei noch zu beachten ist, daß die Lebensmittelpreise in Wien durchschnittlich und relativ viel teurer sind als in Deutschland.

werden. Nun hat die Reichsregierung angeordnet, daß die Preise der Druckerzeugnisse, die nach Holland exportiert werden, in einem Zuschlage von 100 Proz. der deutschen Preise belegt werden müssen. Die deutschen Preise sind dadurch jedoch immer noch 25 Proz. niedriger als die holländischen. Eine scharfe Kontrolle wird von deutschen Grenzbeamten auf die Ausfuhr ausgeübt. Jede Preisänderung, die wir bemerken, muß den deutschen Preisstellen mitgeteilt werden. Weiter wird mitgeteilt, daß aus dem gesammelten Material sich herausgestellt habe, daß sogar viele deutsche Druckerien nach Holland zu viel niedrigeren Preisen liefern als in deutschen Preislisten vorgeschrieben ist. Es sei selbstverständlich, meint das Blatt, daß auch die deutsche Regierung bezogen ihre Maßnahmen nehmen sollte, denn die Lieferungen zu Schleuderpreisen können Deutschland keinen Vorteil bringen. Die Frage der ausländischen Konkurrenz hat mit diesen von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen wohl ihre endgültige Lösung für das holländische Buchdruckgewerbe noch nicht gefunden. Doch erwartet man in holländischen Buchdruckerkreisen, daß die Konkurrenz aus dem Auslande dadurch schon viel von ihrer Schärfe verlieren wird. Die holländischen Buchdruckergehilfen werden von dieser Konkurrenz in erster Linie getroffen; es ist zu wünschen, daß die anormale Arbeitslosigkeit, die der Masse des holländischen Verbandes jetzt gewaltige Anforderungen stellt, bald ein Ende nimmt.

Frankreich. Nach dem „Börtenblatt für den Deutschen Buchhandel“ hat sich in letzter Zeit auch der französische Buchhandel eine Einrichtung geschaffen, die der Leipziger zentralen Buchhandelsorganisation entspricht. Im Zentrum von Paris wurde das „Maison du Livre français“ als zentrale Bestellanstalt für ganz Frankreich eröffnet. Aufgabe des „Buchhauses“ soll es sein, die Geschäftsformen zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, um Zeitverlust zu sparen, um Briefwechsel und unnötige Ausgaben zu vermeiden, um den Transport der Waren, das Rechnungswesen, die Übermittlung der Bestellungen und Zahlungen praktischer zu gestalten, um die Lieferung der Bücher zu beschleunigen und den Wünschen der Buchhändler wie der Kunden mehr entgegenzukommen. Das neue Unternehmen ist bereits der Vermittler für 135 Verleger und 634 Sortimentsbuchhandlungen. Die Arbeit des „Buchhauses“, für uns in Deutschland nichts Neues, wird im „Journal des Débats“ aber als Großtat französisches Geistes gepriesen und dem Publikum näher erläutert. Dem „Haus des Buches“ ist ebenso wie in Leipzig eine Fachschule für Buchhändler angegliedert sowie ein Ausstellungssaal, in dem alle Einzelheiten der Herstellung des Buches und der Buchkunst vorgeführt werden.

Großbritannien. Allen Anscheine nach geht das englische Buchdruckgewerbe einer neuen Krise entgegen. Denn die Prinzipale drängen immer stärker auf einen Lohnabbau um 15 Schill. wöchentlich für männliche und 7½ Schill. für weibliche Arbeiter. Diese Forderung wurde den Verbänden der graphischen Berufe schon am 24. Mai vorgelegt, worauf deren Vertreter am 16. Juni in London zusammentraten, um dazu Stellung zu nehmen. Mit dem selben Entschlusse, dieser Forderung zu widerstehen, verlegte sich diese Konferenz, am später wieder mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten. Zur Zeit ruht also noch diese Frage, aber die davon bedrohten Arbeiter des graphischen Gewerbes leben den Folgen dieses Zustandes mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Im Zeitungsgebiete haben inoffiziell die Nacharbeiter einen beachtenswerten Erfolg durch das Ergebnis von Beratungen in Hastings errungen. Die Verbandsleistungen haben danach die Aufgabe für Nacharbeit einen Zuschlag von 25 Proz., gegen bisher nur 12½ Proz., durchzusetzen. Zum Niefenkampfe der englischen Vergarbeiter schreibt unser englischer Mitarbeiter: „Fest und treu haben die Vergarbeiter während drei Monaten im Kampfe zusammengelassen, leider zum größten Teil ohne Erfolg. Dennoch kehren sie in ebensolcher Geschlossenheit wieder zur Arbeit zurück. Denn wenn auch der Kampf meistens erfolglos war, so war er doch nicht ganz nutzlos; beide Teile haben viel daraus gelernt!“

Aus Schottland wird berichtet, daß auch dort die Buchdruckerbeihilfen die Absicht kundgegeben haben, innerhalb kurzer Frist die Löhne um 15 Schill. wöchentlich herabzusetzen. Sie begründen diese Absicht damit, daß infolge der hohen Druckpreise viele Drucksachen auf Vertriebsmittlungs- und Schreibmaschinen hergestellt werden.

Aber einen „Weltkongress der Buchdruckerprinzipale in London“ am 10. und 12. Mai gab kürzlich ein Vertreter der holländischen Prinzipale in „Het Tarief“ seine Eindrücke kund, aus denen hervorgeht, wie geringfügig diese Zusammenkunft mit dem Charakter eines Weltkongresses zu stellen hätte. Der Herr schreibt: „Ich mußte mich überall zuerst nach dem Versammlungsort erkundigen, das ich erst nach vielem Fragen und Suchen fand. Es war ein Raum, niedrig, lang und schmal, mit Sitzgelegenheit für ungefähr 300 Personen. An einer Seite nur fand das Ansehen vollständig Einlad. Das Podium war so hoch, daß man dies nur mit Zuhilfenahme eines Stuhles erreichen konnte. Darauf ein großer Tisch mit vier hölzernen Stühlen dahinter. Eine alte Tischdecke auf dem Tische. Mein Wunsch war da, um uns zu empfangen; keine Kongressprogramme. Und dieser „Kongress“ nahm den stolzen Namen „The World's Printing Trades Congress“ für sich in Anspruch! ... Der Sprecher leitete weiter mit, daß Vertreter waren: England, Frankreich, Schweden, Dänemark, Amerika, Schweiz und Holland. Die Zahl der Kongressteilnehmer betrug am ersten Tage 150, 200; am zweiten Tage mitwärtig war die Zahl über auf 50 herabgesunken; es war also nur wenig Zeit für die Sache vorhanden. Eine Anzahl technischer Vorträge wurde

gehalten; das war alles, was dieser „Weltkongress“ oder die „Internationalen der Buchdruckerbeihilfen“ zu bieten wußte.

Schweden. Am 28. Juni ist ein neuer Tarif für das schwedische Buchdruckgewerbe von beiden Parteien unterschrieben worden, nachdem er den Arbeitern zur Abstimmung vorgelegt war. Der Tarif, der auf ein Jahr abgeschlossen ist, sieht Lohnkürzungen von 10, 15 und 20 Proz. des Minimallohnes an drei verschiedenen Terminen vor. Die Absicht der Unternehmer, das Berechnen an Selbstmaschinen und an Druckmaschinen einzuführen, konnte verhindert werden. Ebenso konnten die Unternehmer ihre Forderung auf Stundenlohn anstatt Wochenlohn nicht durchdrücken.

Norwegen. Der Generalstreik, der als Sympathiestreik für die Seeleute sowie als Demonstration gegen den Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Löhne abzubauen, geführt wurde, ist nach 14 tägiger Dauer beendet worden. Der Streik, der ohne jegliche Unterfertigung geführt wurde, hat trotzdem eine musterwürdige Beteiligung, besonders auch im Buchdruckgewerbe, gehabt. Der Streik der Seeleute dauert noch an, jedoch werden energische Verhandlungen unter einem neuernannten Schiedsrichter gepflogen, die wohl zu einem baldigen Resultat führen werden. Die Beratung eines neuen Buchdruckerarbeitsgesetzes ist durch den Streik auch verzögert worden, so daß die norwegischen Kollegen seit 1. April noch nach dem alten Tarif weiterarbeiten, was ja für sie keinen Schaden bedeutet. Die bei den allgemeinen Tarifverhandlungen zur Sprache gekommene gleiche Lohnkala dürfte auch für unser Fach in Anwendung kommen. Danach wird der Lohn in gewissen Zweiklassen entsprechend der Veränderung der Lebensunterhaltskosten geregelt werden. Nach einer kurz vor Abschluß dieser Nummer eingegangenen Mitteilung sind die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe am 2. Juli resultlos abgebrochen worden. Infolge der großen Arbeitslosigkeit hat der Vorstand der Mitgliedschaft in Kristiania eine Erhöhung des Wochenbeitrags auf 8 Kr. bei etwa 120 Kr. Durchschnittslohn ausgeschrieben.

Slowakei. Nach einem Berichte der „Typographia“, des offiziellen Organs des Vereins der Buchdruckerarbeiter der Slowakei und Karpatenlands, ist für den Bereich dieser Organisationen die „Tariffrage“ in eine merkwürdige Sachlage geraten. Durch Abstimmung unter der Arbeiterchaft war festgestellt worden, daß die einer Verlängerung des bestehenden Tarifs um ein halbes Jahr den Vorzug gibt gegenüber den Absichten der Prinzipale, um eine Zulage von 10 bis 15 Kr. die Selbstständigkeit der Organisation und die bisherige eigene Verwaltung des Arbeitsnachweises aufzugeben. Die Prinzipale wollen nun auch die Verlängerung des Tarifs nicht anerkennen, sondern fordern die Festsetzung einer Minimalleistung vor der Lohnregulierung und Aufhebung der gegenseitigen Stellenvermittlung bzw. Anwendung dieser in eine paritätische. Ferner möchten die Prinzipale den Buchdruckerarbeitern der örtlichen Slowakei den Prager Tarif aufzwingen, der jedoch von der Beihilfenchaft einhellig als wesentliche Verschlechterung bisheriger Verhältnisse beurteilt und daher abgelehnt wird. Es wird der Prinzipalität daher mit aller Deutlichkeit begreiflich gemacht, daß ihr Verhalten einem ungescheiterten Fortgange der Arbeit nicht förderlich sei, und die Kollegenschaft wird gleichzeitig erlucht, mit Anspannung aller Kräfte die Organisation zu stärken, da die Tarifbewegung ihren Abschluß noch nicht gefunden habe, sondern erst jetzt ihren Anfang nehme.

Amerika. Der Kampf der Buchdrucker in den Vereinigten Staaten um die 44-Stunden-Woche (freier Sonnabendnachmittag), der sich allmählich zu einem Kampfe um das Koalitionsrecht verdichtet hat, wird mit größter Energie weitergeführt. Die Seher aller Werks- und Halbdendruckereien haben mit 40703 gegen 11439 Stimmen beschloffen, sich mit 10 Proz. ihres Verdienstes zugunsten der streikenden Kollegen zu betheuern, und zwar so lange, bis dieser heiße Kampf gewonnen ist. Daß es sich bei diesem Kampfe nicht mehr nur um die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern um die Existenz der Beihilfenorganisationen handelt, geht u. a. auch daraus hervor, daß in einem Nachrichtenblatte der Buchdruckerbeihilfen die Weisung erteilt wird, die streikenden Buchdrucker nur dann wieder einzustellen, wenn sie ihre Antontkarten zerreißten und individuelle Kontrakte eingehen. Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“, das offizielle Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographia, bemerkt dazu: „Darauf werden die Herren Prinzipale allerdings lange warten können, denn die Arbeiter stehen fest, und die paar Streikbrecher, die sie vielleicht aufreiben können, sind auch danach. Inzwischen hat sich der Streik noch auf weitere große Städte, wie Toronto, St. Paul, Minneapolis usw., ausgedehnt; aber auch schon viele große Druckerien haben die Forderungen der Streikenden anerkannt, so in Toronto, Albany usw. Das neueste Bulletin der Internationalen Typographen-Union berichtet über derartige Erfolge in 13 anderen Städten. Trotzdem machen sich die amerikanischen Kollegen auf alle Eventualitäten gefaßt und opfern lieber für eine kurze Zeit noch 10 Proz. ihres Verdienstes, statt sich, falls ihre streikenden Brüder wegen mangelnder Unterstützung belegen werden sollten, dann 20 Proz. oder noch mehr über den Gehalts der Unternehmer abpressen zu lassen. In 105 Städten waren in den letzten Wochen noch 3927 Mitglieder im Streik.“

Östreich. (Maschinenmeister — Halbjahrsbericht.) Die Wiederwahl des Gesamtvorstandes fand in der Januarversammlung statt. Die Feier des Stiftungsfestes in Form

einer Herrenpartie in das nahe Böhmen wurde beschlossen. — Zur Gebrauchsversammlung lag die Zusammenfassung des Leipziger Maschinenmeistervereins vor (Zusammenfassung der Illustrationsform und deren Druck). Solche Strafe hielt uns den dazu gehörigen Vortrag. — Die erste Versammlung im neuen Vereinslokal wurde am 1. März abgehalten. Solange Willwar stellte sich als Leiter des stattfindenden Ausschneidekursus zur Verfügung. Es fand Aussprache über die mit dem Graphischen Klub zu veranlassende Zellungs- und Druckausstellung statt. Diese hatte sich eines Besuchs von etwa 800 Personen erfreuen, und Maschinenmeisterverein wie Klub konnten ihren Klassen je 150 Mk. zuführen. — Am 5. April hörten wir einen interessanten Vortrag des Stereotypenkuriers Mähe über „Galvanoplastik“. Wie bereits im Herbst vorigen Jahres hatten sich auch zur Stillungsfeier eine diverse Freunde eines guten Tropens zusammengefunden und hebrten befriedigt in die heimatischen Penalen zurück. — Zur Maiversammlung war es uns gelungen, Herrn Simonio zu einem sehr gediegenen Experimentalvortrag über die Entlastung der Induktionsströme, deren praktische Verwendung und Wartung der Elektromotoren zu erhalten. Zahlreicher Besuch bewies das Interesse der Kollegen. Auf Einladung des Herrn Buchdruckerbeihilfers Schmorode (Bernstadt) besichtigten wir die dort lebende Heureka, die uns dank der Lebenswürdigkeit des Herrn Schmorode in voller Produktion gezeigt wurde. Alle Anwesenden sprachen sich lobend über das erhaltene Arbeiten der Maschine und den sauberen Druck der Zeitung aus. Zur größten Überraschung wurden wir von Herrn Schm. nicht seinen Namen noch auf das freundliche bewirte. Nach einer fröhlich verlebten Stunde schieden wir mit Dank von dem freundlichen Gastgeber. — In der Juniversammlung trat nach Erledigung geschäftlicher und tariflicher Angelegenheiten der Humor in seine Rechte; die Kollegen weibler, Urban und Diehlisch erfreuten uns durch ihre musikalischen Sünfte, wie schon immer selbstlos zur Unterhaltung der Kollegen beitragend. Nur ein einziger junger Kollege steht unserm Verein am Orte noch fern.

Verschiedene Eingänge

„Jung und alt in der proletarischen Jugendbewegung.“ Von Georg Engelbert Graf. Preis 2,50 Mk. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Briefkasten

B. In Amsterdam: Da die betreffende Frage für uns keine aktuelle Bedeutung mehr hat, können wir, nicht zuletzt auch wegen allzu großen Stoffandrangs, von Ihrem Angebots keinen Gebrauch machen. (Frl. Grub) — **F.** In B.: Am Empfangslokal gleich abzugeben. — **P.** In B.: Demnach als Artikel. — **M.** In B.: Belegentlich im Augenblick nicht empfehlenswert. — **G.** In G.: Die „Strahlige am Hüte“ sind dankend vermerkt worden. — **D.** In G.: Wird aufgenommen. — **B.** In B.: Bescheiden. — **Nach Stargard:** 10 Mk. — **G.** Sch. in B.: 7,50 Mk. **W.** Die Beilegung eines Mitgliedschaftsausweises wird sehr wohl mehr außer acht gelassen, obwohl wir ständig auf dieses Erfordernis hinweisen. Wer der Redaktion unbekannt ist, hat sich unbedingt das erste Mal bei Artikel-Einsendungen uns gegenüber als Mitglied auszuweisen. Das kann sogar auf die einfache Weise der Abstemplung des Briefumschlages mit dem Ortsvereinstempel geschehen. Wird das nicht beachtet, sehen wir uns zur Ablehnung gezwungen. Die Redaktion.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 511. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachungen

Betreffend Adressen der Vorsitzenden der Bezirksabteilungen

Zwecks Schaffung eines Adressenverzeichnis der Vorsitzenden unserer Bezirksabteilungen erluden wir die dafür in Frage kommenden Kollegen um baldige Einendung ihrer Adressen an das Verbandsbureau. Der Verbandsvorstand.

Stattlichkeiten für die Zählung der Arbeitslosen

Wir erluden die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einendung der getrennten Stättlichkeiten über die Arbeitslosigkeit im II. Quartal 1921: 12. Juli 1921, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Eintrag ist der 25. Juni. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Zur richtigen Frankierung der Karten ist zu achten! Die Hauptverwaltung.

Bezirk Stargard i. Pom. Da die Kollegen Karl Schmidt (Kauptbuchnummer 26751), Otto Rindfleisch (4084) und Georg Crellinger (57066) ohne Zurücklassung ihrer Bücher aus Schneidemühl abgereist sind, werden die Funktionäre gebeten, diesen Kollegen für die Zeit vom 27. März bis 9. April je 14 Tage erhaltene Unterfertigung vorzulegen zu wollen.

Adressenveränderungen

Breslau. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Karl Weber. Klosterstraße 141; Kreisvorsitzender: Johannes Winandt, Kari-Kloster 22.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die bezugsloste Adresse.) Im Gau Mittelrhein der Seher Fritz Reintner, geb. in Melfenbeim 1902, ausgel. dal. 1920; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conrad in Mannheim, U 2, 9.

Versammlungskalender

Dresden. Versammlung Mittwoch, den 13. Juli, abends 6½ Uhr, im großen Saale des „Vollhauses“, Ritzbergstraße 2. **Kassel.** Maschinenmeister-Bezirksversammlung Sonntag, den 17. Juli, vormittags 8½ Uhr, im Restaurant Erlich, Hofstraße 11. **Breslau.** Versammlung Sonnabend, den 9. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im „Hotel Gründer“.

Korrespondenzen

Östreich. (Maschinenmeister — Halbjahrsbericht.) Die Wiederwahl des Gesamtvorstandes fand in der Januarversammlung statt. Die Feier des Stiftungsfestes in Form